



Gemeinsam für eine offene und solidarische Gesellschaft

Offener Brief der SEEBRÜCKE Baden-Württemberg zu den Kommunal- u. EU-Wahlen am 09.06.24

Für sichere Fluchtwege und eine menschenwürdige Aufnahme!

Die SEEBRÜCKE ist eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, die sich für sichere Fluchtwege, ungehinderte Seenotrettung und ein Ende des Sterbens an den Grenzen Europas einsetzt. Wir sind solidarisch mit allen Menschen auf der Flucht. Wir wollen weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen. Niemand flieht freiwillig: Kriege, Verfolgung, Gewalt, Armut und die Klimakrise führen dazu, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Doch anstatt Menschen auf der Flucht zu schützen, schottet sich die EU noch weiter ab. Wo die EU und auch die Bundespolitik ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, muss die Kommunalpolitik handeln. Kommunen können sich für ein sicheres Ankommen und neue rechtliche Rahmenbedingungen einsetzen. Und sich dafür zum "Sicheren Hafen" erklären.

Gemeinsam eine starke Gegenstimme zur europäischen Abschottungspolitik!

"Sichere Häfen" sollen sich für neue und stärkere Programme zur legalen Aufnahme von geflüchteten Menschen einsetzen - und selbst mehr Kompetenzen einfordern, um Menschen auch eigenständig helfen zu können. Sie sollen deutlich machen, dass sie bereit sind, mehr Menschen als bisher aufzunehmen. Sie sollen alle notwendigen Ressourcen für die menschenwürdige Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe der Ankommenden bereitstellen. Und wir wollen, dass sie sich mit Nachdruck für eine sichere Bleibeperspektive der Menschen einsetzen.

Konkret fordern wir von den Städten als "Sichere Hafen":

1. Öffentliche Solidaritätserklärung
2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung
3. Aufnahme zusätzlich zur Quote
4. Aufnahmeprogramme unterstützen
5. Kommunales Ankommen gewährleisten
6. Nationale und europäische Vernetzung
7. Bündnis Städte Sichere Häfen
8. Transparenz

Seenotrettung ist kein Verbrechen!

Aufgrund von Konflikten und politischen Unruhen fliehen viele Menschen über das Mittelmeer nach Europa. Nach mehreren tragischen Vorfällen vor Lampedusa im Jahr 2013 wurde das italienische Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ ins Leben gerufen, durch das rund 150.000 Menschen gerettet werden konnten. Auf italienischen und europäischen Druck wurde das Programm nach nur einem Jahr beendet und damit auch die staatliche Seenotrettung. Seitdem setzt die EU verstärkt auf Abschottung, Abschreckung und Auslagerung von Asylverfahren, anstatt Menschen in Not zu helfen.

Nach dem Ende der staatlichen Seenotrettung gründeten sich zivile (nicht-staatliche) Seenotrettungsorganisationen wie Sea Watch und Mission Lifeline, die seitdem die Rettungsarbeit übernehmen. Sie handeln gemäß internationalem Seerecht, das die Rettung von Menschen in Seenot zwingend vorschreibt. Und dennoch werden die zivilen Seenotrettungsorganisationen von der EU kriminalisiert und diffamiert.

Das Märchen vom „Pull-Faktor Seenotrettung“

Mit dem Ende der staatlichen Seenotrettung gipfelten die propagandistischen Angriffe auf die Seenotrettung von NGOs in der Behauptung, Seenotrettung wäre ein sogenannter Pull-Faktor für Migration nach Europa. D.h. Schutzsuchende würden allein durch die Existenz der NGO-Seenotrettung dazu bewegt, die tödlichen Routen über das Mittelmeer zu wagen.

Wissenschaftlich bewertet ist diese Erzählung völlig unsinnig und mehrfach widerlegt: Wie schon zahlreiche Studien konnte zuletzt 2023 eine Studie der Uni Potsdam und des "Deutschen Zentrums für Migrationsforschung (DeZIM)" nachweisen, dass „Such- und Rettungsaktionen keinen sogenannten Pull-Effekt auf Migration haben“. Vielmehr sind „Konflikte sowie wirtschaftliche und ökologische Bedingungen in den Herkunfts- und Aufenthaltsländern“ die „wirksamen Einflussfaktoren auf die Migration“.¹

¹ A.R. Sanchez Uni Potsdam/DeZim - Scientific Report August 2023

Das Märchen vom „Pull-Faktor Sozialleistungen“

Die Behauptung, dass Menschen nach Deutschland kommen, weil die Sozialleistungen locken, ist nicht neu und seit den 80er Jahren mit diffamierenden Begriffen wie „Sozialtourismus“ und „Sozialschmarotzer“ immer noch in den Ohren. Und wieder - oder immer noch - basieren die aktuellen politischen Debatten auf Behauptungen, die wissenschaftliche Forschungsergebnisse völlig ignorieren und menschenrechtliche Verpflichtungen bewusst außen vor lassen.

Das beginnt schon mit der gebetsmühlenhaften Wiederholung des Begriffs „irreguläre oder illegale Migration“. Dieser Begriff unterstellt der Mehrheit der Geflüchteten unlautere, weil illegale Beweggründe für ihre Einreise. Fakt ist aber: 1. gibt es so gut wie keine legalen Fluchtwege nach Europa und 2. bekommen derzeit über 70 Prozent der Menschen, deren Asylgründe vom BAMF geprüft werden, Schutz in Deutschland. Die Quote liegt damit auf Rekordniveau und beweist, dass der allergrößte Teil der Menschen sehr gute Asylgründe hat und dass die Menschen vor Verfolgung und Krieg fliehen und nicht, weil es in einem anderen Land höhere Sozialleistungen gibt. Auch das belegen wieder viele wissenschaftliche Untersuchungen. So entpuppt sich das Gerede von den „Pull-Faktoren“ bei wissenschaftlicher Prüfung als politischer Kampfbegriff der Populisten, der Ängste vor Chaos, angeblicher unkontrollierter Zuwanderung und damit die Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung schüren soll.

Das Märchen vom „einfachen Leben“

In Deutschland dann angekommen, ist die Situation für Geflüchtete alles andere als einfach: Von langen schwierigen bürokratischen Prozessen über Verbote, Angst vor der möglichen Abschiebung und dem strukturellen sowie Alltagsrassismus sind die Menschen mit zahlreichen Integrationshürden und -erschwernissen konfrontiert. Ständig geschürte und diskriminierende Vorurteile erschweren das Leben in Deutschland und spiegeln eine völlig unrealistische Lage der Menschen vor: Dies zeigt beispielsweise die Unterstellung eines angeblichen Arbeitsunwillens der Geflüchteten. Die meisten von ihnen wollen arbeiten, kommen mit fertigen Ausbildungen und Arbeitserfahrungen nach Deutschland, aber anstatt arbeiten zu dürfen, bekommen Menschen in einem Asylverfahren bis zu neun Monaten keine Arbeitserlaubnis und ihre Abschlüsse werden nicht anerkannt.²

Stattdessen müssen die Menschen auf engstem Raum in Erstaufnahmeeinrichtungen leben, wo sie keine Privatsphäre besitzen und das Einzige, was sie tun können, ist darauf zu warten, dass ihre Anträge genehmigt werden. Für die Prüfung dieser ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) zuständig. Dieses ist völlig überlastet und müsste personell ausgebaut werden.³ Doch findet in der Behörde eine Fehlplanung statt: So untersuchte beispielsweise das BAMF allein letztes Jahr 90.000 Dublin-Verfahren, von denen jedoch nur 800 überstellt wurde. Aufgrund von humanitären Gründen können die wenigsten Menschen wirklich abgeschoben werden.⁴

Gemeinsam für eine solidarische Zukunft - auch bei den Wahlen!

Diese hier kurz aufgeführten Beispiele zeigen, wie komplex das Thema Migration ist. Die Reduzierung auf scheinbar einfache Lösungen führt zu mehr Stigmatisierung und Rassismus, zu mehr Angst, Gewalt und Tod. Und dies wird gerade durch weitere rechtliche Bestimmungen nur noch verschlimmert: So führen die Bezahlkarte, das Rückführungsverbesserungsgesetz, die GEAS-Reform, die Überlegungen zu einem Abkommen mit einem sogenannten „sicheren Drittstaat“ zu immer mehr menschenverachtenden Situationen für Geflüchtete.

Daher ist es jetzt bei den Wahlen ganz besonders wichtig, sich zu informieren und für Menschlichkeit, Integration und Miteinander zu stimmen.

² vgl. <https://www.proasyl.de/news/der-steinige-weg-in-den-arbeitsmarkt-fuer-gefluechtete-menschen/>

³ vgl. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/uberlastung-ist-schon-heute-unser-alltag-berliner-chef-fur-fluchtlingsangelegenheiten-kritisiert-die-aktuelle-lage-11640791.html>

⁴ vgl. <https://www.proasyl.de/news/zahlen-fakten-zur-populistischen-debatte/>